

DIPL.-ING. DR. FRANZ FISCHLER
BUNDESMINISTER
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

II-8563 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Wien, 1989 09 01
1011, Stubenring 1

Zl.10.930/82-IA10/89

Gegenstand: Schriftl.parl.Anfr.d.Abg.z.NR
 Hintermayer und Kollegen, Nr. 4089/J vom
 5. Juli 1989 betreffend Forschungsauftrag
 für niederösterreichische Weine

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Rudolf Pöder
Parlament
1017 W i e n

4057 IAB
1989 -09- 04
zu 4089 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Hintermayer und Kollegen haben am 5. Juli 1989 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage mit der Nr. 4089/J gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Werden Sie in Niederösterreich weitere Untersuchungsanstalten für die Weinuntersuchung einrichten ?
2. Wann werden Sie der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg analog zur Bundesanstalt Burgenland einen entsprechenden Forschungsauftrag für niederösterreichische Weine erteilen ?
3. Sollten die unter Punkt 1 oder 2 genannten Anregungen nicht umgesetzt werden: Wie lautet Ihre Begründung ?"

-2-

Diese Anfrage beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

In Niederösterreich bestehen zur Zeit Außenstellen der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesanstalt Wien in Retz, Poysdorf, Krems und Traiskirchen.

Maßgeblich für die Entscheidung zur Errichtung weiterer Außenstellen bzw. Untersuchungsanstalten ist, daß ausreichende Erfahrungen über den Probenanfall vorliegen und die Finanzierung gesichert ist. Da beide Voraussetzungen nicht gegeben sind, ist die Errichtung weiterer Untersuchungsanstalten im Sinne Ihrer Anfrage nicht beabsichtigt und aus kostenmäßigen Überlegungen auch nicht vertretbar.

Es ist jedoch im heurigen Jahr vorgesehen, an einer der Niederösterreichischen Exposituren der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesanstalt Wien eine neue Analysenstraße zur schnelleren Bewältigung der anfallenden Weinproben einzurichten.

Forschungsaufträge wurden den Bundesanstalten im Rahmen von jährlich genehmigten Forschungsprogrammen erteilt. Diese Programme wurden nach der Dringlichkeit der fachlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse bundesweit erstellt. Soweit Wünsche von Niederösterreich vorlagen, wurden diese im wesentlichen berücksichtigt. Dies wird auch in Zukunft so sein.

Der Bundesminister:

